



Niederschrift

Finanzausschuss

20. Wahlperiode – 90. Sitzung

am Donnerstag, dem 20. März 2025, 11 Uhr,
im Sitzungszimmer 342/342 a des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Birigt Herdejürgen (SPD), stellvertretende Vorsitzende

Michel Deckmann (CDU)

Tobias Koch (CDU), in Vertretung von Rixa Kleinschmit

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

Sybilla Nitsch (SSW), in Vertretung von Christian Dirschauer

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gespräch mit der neuen Geschäftsführerin der GMSH, Susanne Kirchmann, über den Geschäftsbericht 2023 der GMSH (Umdruck 20/3673) und Ausblick	4
2. Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung der Staatlichen Arbeitsschutzbehörde bei der Unfallkasse Nord, zur Übertragung des Personals für den Vollzug des staatlichen Arbeitsschutzes auf das Landesamt für Arbeitsschutz, Soziales und Gesundheit und zur Änderung der Behördenbezeichnung des Landesamtes für soziale Dienste Schleswig-Holstein	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 20/2954	
3. Information/Kennntnisnahme	8
Umdruck 20/4536 – Einsicht in Akten der Landesregierung Umdruck 20/4540 – Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2025 Umdruck 20/4546 – Notkredit-Mittelabfluss 2024 Umdruck 20/4552 – Kooperationsvereinbarung IT-Verbund Schleswig-Holstein Umdruck 20/4554 – Änderung der Spielbankverordnung Umdruck 20/4555 – Außenwirtschaftsförderung Umdruck 20/4558 – Grundsteuer Umdruck 20/4562 – Jahresabschlüsse der Spielbanken Umdruck 20/4563 – Sprachförderung	8
4. Verschiedenes	9

Die stellvertretende Vorsitzende, Abgeordnete Herdejürgen, eröffnet die Sitzung um 11:40 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Gespräch mit der neuen Geschäftsführerin der GMSH, Susanne Kirchmann, über den Geschäftsbericht 2023 der GMSH (Umdruck 20/3673) und Ausblick

Präsentation der GMSH
[Umdruck 20/4590](#)

Frau Kirchmann, Geschäftsführerin der GMSH, berichtet über die Arbeit der GMSH ([Umdruck 20/4590](#)).

Abgeordnete Raudies möchte wissen, wer die Entscheidung getroffen habe, GMSH-Mitarbeitende im Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen auszubilden, mit welchen Kosten das verbunden sei und welchen Vorteil sich die GMSH davon verspreche, das im eigenen Haus zu machen und nicht fremd zu vergeben. – Abgeordnete Krämer fragt, inwieweit bei der Errichtung des Quincke-Forschungszentrums der Kostenrahmen und Zeitplan im Laufe der Baumaßnahme hätten angepasst werden müssen. – Frau Kirchmann sagt eine schriftliche Antwort zu.

Abgeordneter Vöge bittet die GMSH, im Geschäftsbericht bei den einzelnen Maßnahmen grundsätzlich aufzunehmen: Beginn der Maßnahme, Zeitplan, Ist-Stand, mögliche Verzögerungen, Auswirkungen auf das Budget. Zum Thema Planen, Sanieren und Bauen bei der Bundeswehr und Bundespolizei fragt er vor dem Hintergrund der vom Bundeskanzler ausgerufenen Zeitenwende nach der Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, dem Umsetzungsstand der Maßnahmen und Gründen für Bauverzögerungen.

Finanzstaatssekretär Rabe erwidert, man stehe in regelmäßigem Austausch mit dem Verteidigungsministerium und habe eine Maßnahmenliste mit Prioritäten festgelegt, um die Prozesse möglichst effizient und beschleunigt zu gestalten.

Frau Dr. Luch, Leiterin der Abteilung Staatlicher Hochbau und Beteiligungen im Finanzministerium, weist darauf hin, die Richtlinie Bundesbau sei deutlich verschlankt worden. Die Auftragslage seitens des Bundes sei aktuell noch nicht so, wie es sich die baudurchführende und

die fachaufsichtliche Ebene im Land wünsche; die ergriffenen Beschleunigungsmaßnahmen würden allerdings dazu führen, dass die Beauftragung in Zukunft schneller werde. Vor dem Hintergrund der Zeitenwende gehe es um eine Vervierfachung des Bauumsatzes im Bundesbau; dazu führe man intensive Gespräche mit dem Bundesverteidigungsministerium und der BImA.

Eine Frage der Abgeordneten Raudies zum Personal beantwortet Frau Kirchmann dahin, entscheidend sei, dass Projekte gebündelt würden und möglichst groß seien. Um die erheblich steigenden Bauvolumina bewältigen zu können, werde man zusätzliches Personal einstellen (insbesondere erfahrene Architekten und Ingenieure) und andere Vergabeformen wählen müssen (Beauftragung von Totalunternehmern oder Generalplanern).

Frau Dr. Luch teilt mit, im Bundesbau seien von 322 Vollzeitäquivalenten derzeit 320 besetzt; vorgesehen sei eine Aufstockung auf 332 Stellen. Im Moment gebe es noch kein Kapazitätsproblem. Auf eine Frage der Vorsitzenden antwortet sie, angesichts der Bedarfe in allen Bereichen sei ein Umswitchen von Mitarbeitenden im Landesbau zum Bundesbau nicht geplant.

Abgeordneter Siebke fragt nach der konkreten Planung und dem konkreten Stand der Umsetzung des Ziels der Klimaneutralität der landeseigenen Liegenschaften.

Frau Kirchmann erwidert, man sei auf einem guten Weg, und verweist auf das mit dem Finanzministerium abgestimmte Umsetzungskonzept, das Prioritätenlisten enthalte.

Abgeordnete Raudies macht darauf aufmerksam, dass das Sanierungsprogramm für die Landesliegenschaften nicht ausfinanziert sei, und wiederholt ihre Frage, welche (personellen) Auswirkungen die veränderte Sicherheitslage und neue Anforderungen für die GMSH hätten.

Staatssekretär Rabe entgegnet unter Hinweis auf die Finanzplanung und IMPULS, man arbeite das Programm zur energetischen Sanierung inklusive der Kopplungsmaßnahmen und die weiteren Maßnahmen Schritt für Schritt ab.

Abgeordnete Raudies fragt nach, ob die Landesregierung angesichts der Herausforderungen, vor denen die GMSH in den nächsten Jahren insbesondere vor dem Hintergrund der veränderten Sicherheitslage stehen werde, an der Priorisierung der energetischen Sanierung der Landesliegenschaften festhalte.

Herr Rabe erwidert, aktuell gebe es keinen Anlass, von der Planung und Prioritätensetzung abzuweichen.

Frau Dr. Luch verweist auf die Reorganisation des Landesbaus und Maßnahmen zur Entlastung des Landesbaus, mit dem Ziel, die Effizienz deutlich zu erhöhen und mehr Masse auf die Straße zu bringen.

Abgeordneter Deckmann wünscht sich von der GMSH, bei Ausschreibungen stärker regionalen Planer in den Blick zu nehmen und sie nicht durch sehr hohe Mindestanforderungen auszuschließen.

Der Finanzausschuss bedankt sich bei Frau Kirchmann, wünscht ihr für ihre neue Aufgabe alles Gute und nimmt die beiden Umdrucke zur Kenntnis.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Auflösung der Staatlichen Arbeitsschutzbehörde bei der Unfallkasse Nord, zur Übertragung des Personals für den Vollzug des staatlichen Arbeitsschutzes auf das Landesamt für Arbeitsschutz, Soziales und Gesundheit und zur Änderung der Behördenbezeichnung des Landesamtes für soziale Dienste Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 20/2954](#)

(überwiesen am 28. Februar 2025 an den **Sozialausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: [Umdrucke 20/4513](#), [20/4520](#), [20/4564](#), [20/4581](#), [20/4592](#)

Auf Fragen der Abgeordneten Raudies und Herdejürgen antwortet Sozialstaatssekretär Albig, man sei mit den kommunalen Landesverbänden, der Versorgungsausgleichskasse und der Unfallkasse Nord zu einer gemeinsamen Rechtsauffassung gelangt. Mit dem Gesetzentwurf habe man künftige Versorgungslasten berücksichtigt.

Finanzstaatssekretär Rabe weist darauf hin, die Einnahme von rund 18 Millionen Euro werde in diesem Haushaltsjahr in Einzelplan 10 vereinnahmt. Man teile nicht die Auffassung des Landesrechnungshofs, dass die Mittel aus den abgelösten Versorgungslasten dem Versorgungsfonds zugeführt werden müssten.

Herr Wollny, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, verweist auf seine Stellungnahme, [Umdruck 20/4592](#).

Abgeordnete Raudies wiederholt ihre Kritik, dass die Zeit für eine angemessene parlamentarische Beratung auch bei diesem Gesetzentwurf nicht ausreiche.

Einstimmig schließt sich der Finanzausschuss im Vorwege den Voten der Fraktionen im federführenden Sozialausschuss an.

3. Information/Kennntnisnahme

- [Umdruck 20/4536](#) – Einsicht in Akten der Landesregierung
- [Umdruck 20/4540](#) – Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung 2025
- [Umdruck 20/4546](#) – Notkredit-Mittelabfluss 2024
- [Umdruck 20/4552](#) – Kooperationsvereinbarung IT-Verbund Schleswig-Holstein
- [Umdruck 20/4554](#) – Änderung der Spielbankverordnung
- [Umdruck 20/4555](#) – Außenwirtschaftsförderung
- [Umdruck 20/4558](#) – Grundsteuer
- [Umdruck 20/4562](#) – Jahresabschlüsse der Spielbanken
- [Umdruck 20/4563](#) – Sprachförderung

Zu [Umdruck 20/4554](#) (Änderung der Spielbankverordnung) wiederholt Abgeordnete Raudies ihre Frage, inwieweit die im Tarifvertrag enthaltene Trinkgeldregelung und die durch Bundesrecht geregelte steuerrechtliche Behandlung der Trinkgelder durch eine Landesverordnung geändert werden könnten.

Zu [Umdruck 20/4562](#) bittet sie die Landesregierung, die Jahresabschlüsse der einzelnen Spielbanken und der Holding der letzten fünf Jahre inklusive der Ergebnisberichte vorzulegen.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

4. Verschiedenes

Nächste Sitzungen:

- 3. April 2025 mit dem Innen- und Rechtsausschuss (Geldwäschebekämpfung)
- 10. April 2025

Die stellvertretende Vorsitzende, Abgeordnete Herdejürgen, schließt die Sitzung um 12:50 Uhr.

gez. Birgit Herdejürgen
stellvertretende Vorsitzende

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer